

Bericht zur Diskussionsrunde

„Fehlende Nachrichten- und Informationskompetenz – Kann Medienbildung die Demokratie retten?“

Olga Merz

Zusammenfassung des Beitrags

Berichtet wird im Beitrag über eine von der *Landeszentrale für politische Bildung* des Saarlandes veranstaltete Diskussionsrunde zum Thema „Fehlende Nachrichten- und Informationskompetenz – Kann Medienbildung die Demokratie retten?“. Als pädagogisches Handlungsfeld fokussiert die Medienpädagogik traditionell Kinder und Jugendliche, in dieser Veranstaltung wurde dagegen die Informationskompetenz der Erwachsenen in den Blick genommen. Diskussionsgrundlage bildete die Studie „*Quelle: Internet?*“ der *Stiftung Neue Verantwortung*. Darin wurde im Rahmen einer Onlinebefragung untersucht, wie sich Erwachsene im Internet informieren und dabei ein Mangel an „Nachrichten- und Informationskompetenz“ festgestellt. Auf Basis der Studie erörterten die Diskussionssteilnehmer*innen, welche Kompetenzen benötigt werden, um sich in den heutigen medialen und onlinebasierten Öffentlichkeiten zurechtzufinden. Daran anknüpfend wurde die Bedeutung von Medienbildung als Ermöglicherin partizipativer, demokratischer Prozesse diskutiert.

Aufzeichnung des Livestreams der Veranstaltung unter: youtube.com/watch?v=Vm3XLW0ba1c.

Schlüsselbegriffe: Medienkompetenz ● Medienbildung ● Media Literacy ● Digital Literacy ● Nachrichtenkompetenz ● Informationskompetenz ● Fake News ● Demokratie ● Weiterbildung ● Lehrer*innenbildung

Am 10. Juni 2021 veranstaltete die Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes in Kooperation mit der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) sowie dem Deutschen Zeitungsmuseum eine Diskussionsrunde zum Thema *Fehlende Nachrichten- und Informationskompetenz – Kann Medienbildung die Demokratie retten?*

Im Rahmen der Studie „*Quelle: Internet?*“ *Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test* (vgl. Meßmer/Sängerlaub/Schulz 2021) der *Stiftung Neue Verantwortung* und des Projekts *#UseTheNews* des Hans-Bredow-Instituts wurde untersucht, wie sich Erwachsene im Internet informieren. Festgestellt wurde dabei ein Mangel an „Nachrichten- und Informationskompetenz“. Bürger*innen, die an demokratischen Prozessen sowie Prozessen der politischen Meinungsbildung teilhaben möchten, benötigen jedoch die Fähigkeit, gesellschaftliche Verhältnisse auf Basis zuverlässiger Informationsquellen analy-

sieren und beurteilen zu können – in der Terminologie der Studie also „Nachrichten- und Informationskompetenz“. In der hier vorgestellten Diskussionsveranstaltung wurde nicht nur erörtert und diskutiert, welche Kompetenzen tatsächlich benötigt werden, um sich in heutigen „digitalen Öffentlichkeiten“ zurechtzufinden, sondern auch, inwiefern Medienkompetenz Voraussetzung dafür ist, um Teilhabe an öffentlicher Meinungsbildung und damit demokratischen Prozesse zu ermöglichen. Oder anders gefragt: Inwiefern kann Medienbildung eine Demokratie und deren Ermöglichungsorgane in Politik und Medien, denen heute gerade in den Sozialen Medien häufig mit Misstrauen begegnet wird, „retten“? Zu diesen Themen diskutierten Anna-Katharina Meßmer (Stiftung Neue Verantwortung), Anja Pielsticker (Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur – GMK) und Thomas Knaus (PH Ludwigsburg und FTzM der Frankfurt UAS). Die Veranstaltung war Teil des Rahmenprogramms der noch bis Ende 2021 laufenden Ausstellung des Deutschen Zeitungsmuseums mit dem Titel *Breaking News – Making News – Faking News – Von Gutenberg zu Trump. Eine medienkritische Ausstellung*¹.

Quelle: Internet? – Eine Studie zur Nachrichten- und Informationskompetenz

Ausgangspunkt der Diskussionsveranstaltung war die Studie „*Quelle: Internet?*“ (vgl. Meßmer/Sängerlaub/Schulz 2021), deren Ergebnisse von der Projektleiterin für das Projekt zu digitaler Nachrichten- und Informationskompetenz der Stiftung Neue Verantwortung Anna-Katharina Meßmer vorgestellt wurde. An der Befragung, die im Herbst 2020 durchgeführt wurde, nahmen 4.194 Internetnutzer*innen ab 18 Jahren teil. Ziel der Studie war die Datengewinnung zur Informations- und Nachrichtenkompetenz einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung mit Internetzugang als Grundlage für eine gezielte Medienbildungspolitik. Für die Studie wurde ein Onlinetest zur Ermittlung von Nachrichten- und Informationskompetenzen entwickelt, bei dem die Frage im Fokus stand, welche Fähigkeiten Menschen benötigen, um sich im aktuellen Mediumfeld zurechtzufinden. Im Rahmen des Onlinetests wurden nachrichten- und informationsbezogene Situationen, mit denen Nutzende im täglichen Umgang mit Nachrichten-Plattformen und Sozialen Medien konfrontiert sind, u.a. mithilfe von Screenshots nachgestellt.

Neben den Informations- und Nachrichtenkompetenzen wurde auch die „demokratische Grundhaltung“ (Meßmer/Sängerlaub/Schulz 2021, S. 6) der Befragten ermittelt, dazu zählen in der Studie das Interesse der Befragten an Nachrichten und Politik, ihr grundsätzliches Vertrauen in Demokratie und Medien, ihre Wertschätzung des unabhängigen Journalismus sowie die Bereitschaft, andere Meinungen zu tolerieren (vgl. Meßmer/Sängerlaub/Schulz 2021, S. 6). Die in der Studie ermittelten Werte wurden in einem ‚Citoyen-Index‘ zusammengefasst, der im Anschluss u. a. mit den ermittelten Nachrichten- und Informationskompetenzen der Befragten verglichen wurde.

¹ URL: deutsches-zeitungsmuseum.de/de/ausstellungen (03.11.2021).

Ergebnisse

Die Studie attestiert den Befragten insgesamt mangelnde Kompetenzen für das kritische Bewerten von Informationen und Nachrichten im Internet. So konnten viele der Teilnehmenden Falschinformationen und Werbung nicht als solche identifizieren und markierten sie fälschlicherweise als ‚Information‘. Dass demgegenüber aber auch viele der Befragten im Zuge der Einordnung von Informationen die Antwortoption ‚weiß nicht‘ wählten, wertete Anna-Katharina Meßmer als vielversprechendes Zeichen einer auch selbstkritischen bzw. reflexiven Haltung der Befragten.

Zudem belegt die Studie, dass Nachrichten- und Informationskompetenzen von soziodemografischen und bildungsbezogenen Faktoren abhängen. So verzeichneten Proband*innen mit geringerer Schulbildung auch niedrigere Werte bei den Informations- und Nachrichtenkompetenzen, auch mit zunehmendem Alter verzeichneten die Befragten niedrigere Kompetenzwerte (vgl. Meßmer/Sängerlaub/Schulz 2021, S. 21–23).

Zugleich zeigte die Studie, dass der Citoyen-Index und die ermittelten Werte für Nachrichten- und Informationskompetenzen miteinander korrelieren, das heißt, dass Personen mit einem niedrigen Citoyen-Index auch einen niedrigen Wert für Informations- und Nachrichtenkompetenzen verzeichneten. Auch wenn hier kein Kausalitätsverhältnis auszumachen sei, so Anna-Katharina Meßmer, wurde doch ein deutlicher Zusammenhang zwischen Kompetenz und dem persönlichen Vertrauen in Medien und Politik ermittelt.

Im Anschluss an die Darstellung der Ergebnisse skizzierte Anna-Katharina Meßmer zentrale Handlungsfelder, die sich aus den Resultaten der Studie ergeben. Zu fordern seien hier vor allem bessere Plattform-Architekturen, welche die Funktionsweisen der Plattformen transparent machen. Notwendig seien außerdem transparente journalistische Angebote, die als solche klar gekennzeichnet und damit von nicht-journalistischen Beiträgen unterscheidbar sind. In diesem Kontext seien zudem auch transparentere Kennzeichnungen auf Nachrichtenseiten erforderlich, die Formate wie Werbung, Meinung und Information voneinander unterscheidbar machen. Schließlich seien vor allem Bildungsinstitutionen für die Allgemeinbevölkerung mit Qualifizierungsangeboten und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene sowie entsprechende Angebote in der Lehrer*innenbildung notwendig, um Informations- und Nachrichtenkompetenzen zu stärken.²

‚Informations- und Nachrichtenkompetenz‘ – Warum eigentlich nicht ‚Medienkompetenz‘?

Thomas Knaus griff in seinem anschließenden Kurzvortrag die Resultate der Studie auf. Diese bestätigten die Ergebnisse soziodemografischer und medienpädagogischer Studien, die zeigen, dass persönliche Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien u. a. mit dem sozioökonomischen Status sowie den individuellen Bildungsbiographien korrelieren. Auch die Zunahme gezielter Desinformation und die zunehmende Auflösung tradierter journalistischer „Gate-

² Für das Testen der eigenen Nachrichten- und Informationskompetenzen stellt die *Stiftung Neue Verantwortung* unter *der-newstest.de* einen „Digitalen Nachrichtentest“ zur Verfügung, der sich an dem Test orientiert, der auch für die Studie entwickelt worden war.

keeperfunktionen“ seien in der Studie ersichtlich geworden. Knaus griff Meßmers Plädoyer für mehr Medienbildung auf und betonte, dass diese nicht zuletzt in Anbetracht des *kontinuierlichen* Medienwandels als lebenslanger Bildungsprozess verstanden werden müsste, der institutionell zu verankern sei.

In Rekurs auf den klassischen medienpädagogischen Begriff der *Medienkompetenz* stellt Knaus jedoch zur Disposition, wovon in der Studie „*Quelle: Internet*“? eigentlich gesprochen wird, wenn von „Informations- und Nachrichtenkompetenz“ die Rede ist: Knaus begründet im Anschluss seine These, dass es sich dabei eigentlich um das medienpädagogische Konzept der *Medienkompetenz* handelt. Im ‚klassischen‘ Medienkompetenzmodell von Dieter Baacke (vgl. Baacke 1973; Baacke 1996) und daran anknüpfenden Modellen gehe es nämlich weniger um die Medien selbst, sondern darum, wie und zu welchen Zwecken Menschen mit diesen handeln. Und das lässt sich zumindest in Bezug auf Baacke, der sein Modell auf Habermas‘ Theorie des Kommunikativen Handelns (vgl. Habermas 1981) basiert, mit den Begriffen „Kommunikation“ und „Partizipation“ treffend zusammenfassen. Medienkompetenz meint, Fähigkeiten zu entwickeln, die kreatives und partizipatives Handeln ermöglichen sowie die Kompetenz, analytisch und strukturell Wissen zu erwerben (vgl. Knaus 2018, S. 98). Kommunikation und Partizipation erfolgen aber heute zunehmend mit und durch (digitale) Medien. Hier schließt sich der Kreis zu den in der Studie formulierten „Nachrichten- und Informationskompetenzen“, die insofern *Medienkompetenzen* sind, als dass sie letztlich zum partizipativen und kommunikativen Handeln sowie einer verantwortungsvollen Teilhabe in demokratischen Gesellschaften befähigen sollen.

Nun hatte Baacke seinerzeit zwar noch nicht die heutigen *digitalen* Medien im Blick, an den Zielperspektiven von Medienkompetenz, nämlich der Ermöglichung von Kommunikation und Partizipation, hat sich Knaus zufolge aber selbst durch den digitalen Wandel nichts geändert. Wohl änderte sich aber die *Art und Weise* von Kommunikation und Partizipation im Rahmen digitaler Medien, was eine stete Anpassung der konkreten Ausgestaltung von Medienkompetenz erfordere. Dass nämlich mit dem technisch-technologischen Wandel medienvermittelte Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten durch die Nutzenden erheblich erweitert wurden, birgt auch neue Herausforderungen für den verantwortungsvollen Umgang mit diesen. Knaus konturiert den digitalen Wandel, indem er unter anderem darauf hinweist, dass sich Medien von unidirektionalen Massenmedien zu partizipativen Kommunikationsmedien transformierten, mit denen die ursprünglichen Empfänger*innen von Medienbotschaften zunehmend auch zu Sender*innen werden (können). Hinzu kommt außerdem die zunehmende Bedeutung des Bildes und des Bewegtbildes der vormals textlastigen Medienbotschaften. Aus technisch-technologischer Perspektive skizziert Knaus den Medienwandel insbesondere als einen Shift von einem hardwarebasierten zu einem software- bzw. applikationsbasierten Medium, das schließlich die Konvergenz früher unterschiedlicher Mediengeräte in *einem* Gerät ermöglichte. Ein zweites Kennzeichen des digitalen Mediums ist dessen zunehmende technische Vernetzung, die den Funktionsumfang mobiler Geräte, beispielsweise durch Cloudcomputing, erheblich erweitert. Die technische Vernetzung sorgte schließlich auch für eine *soziale Vernetzung*, die nicht mehr auf Grundlage räumlicher Nähe, sondern raumunabhängig und interessengeleitet erfolgt.

Dass der beschriebene (digital)technische Wandlungsprozess und die dadurch entstehenden neuen Gestaltungsmöglichkeiten durch die Nutzenden zugleich mit einer Erosion der Bedeutung traditioneller ‚Gatekeeper‘ wie tradierter Medienplattformen und Journalist*innen einhergeht, stellt neue Herausforderungen an die Eigenverantwortung, Reflexions- und Kritikfähigkeit der Mediennutzenden. Diese sehen sich darüber hinaus auch von der Tatsache herausgefordert, dass mediale Interaktion heute nicht mehr nur zwischen Menschen stattfindet, sondern zunehmend auch zwischen Mensch und Maschine (vgl. Knaus 2020, S. 37–45). So verdeutlicht das Phänomen der aufgrund maschineller Vorsortierung entstehenden ‚Filterblasen‘, dass es, um Informationen einordnen zu können, erforderlich ist, auch die informationstechnischen – hier: datenbasierten algorithmischen – Mechanismen zumindest rudimentär durchschauen zu können – auch das gehört heute zur Medienkompetenz und ist damit Basis einer ‚Informations- und Nachrichtenkompetenz‘.

Mit Verweis auf Paulo Freire (vgl. 1974), der sich seinerzeit für die Alphabetisierung der brasilianischen Bevölkerung einsetzte, fordert Knaus eine ‚Alphabetisierung‘ hinsichtlich der neuen medialen und technischen ‚Codes‘. Freire bezeichnete die Beherrschung des Schriftcodes als Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation und forderte eine entsprechende flächendeckende Alphabetisierung: Nur wer Schrift beherrsche, könne Gesellschaft auch mitgestalten. Gleiches gelte heute Knaus zufolge für die neuen ‚Codes‘ im Umfeld der digitalen Medien. Dazu gehöre zunächst eine Kritikfähigkeit, die neben der Kritik schriftlich-textlicher Codes auch die Bildkritik einschließt. Zugleich müssten Menschen heute Grundkenntnisse über Phänomene und Mechanismen der Technik- und Medienentwicklung wie technisches Design, Netzwerkmechanismen und Programmcodes erwerben können – *Media Literacy* muss damit also von einer *Digital Literacy* flankiert werden. Ziel dieser um Aspekte digitaler Technik erweiterten Form der Medienkompetenz bleibt aber wie bereits in Baackes klassischem Medienkompetenzmodell die Ermöglichung von Kommunikation und Partizipation (vgl. Knaus 2020, S. 32 und 38 f.). Das Beherrschen der aktuellen digitaltechnischen Codes beschrieb Knaus abschließend als Voraussetzung für *gesellschaftliche Handlungsfähigkeit*. Da Medien und Technik einem kontinuierlichen Wandel unterliegen, bleibt Medienbildung mit ihrer Zielperspektive der Entwicklung von Medienkompetenz und damit der Ermöglichung mündiger Teilhabe eine lebenslange Bildungsaufgabe.

Diese Aufgabe gilt jedoch nicht nur für formale Bildungskontexte wie die Schule, sondern muss auch im Rahmen von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Bürger*innen ermöglicht werden, wie das von Anja Pielsticker in ihrem anschließenden Kurzvortrag vorgestellte Projekt #DigitalCheckNRW zeigt.

Medienbildung in der Weiterbildung

Das Projekt #DigitalCheckNRW wird von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) seit dem Jahr 2020 durchgeführt. Es zielt darauf ab, Bürger*innen die Teilhabe im Rahmen digitaler Infrastrukturen und Plattformen zu ermöglichen. Über die Plattform www.digitalcheck.nrw können diese mithilfe eines Onlinetests ihre Medienkompetenz testen und im Anschluss durch passende Weiterbildungsangebote, die ihnen nach dem Test über die

Plattform angeboten werden, gezielt noch vorhandene Lücken schließen. Das Projekt begegnet dem noch existierenden Mangel an Maßnahmen zur Medienkompetenzförderung für Erwachsene jenseits der Schulpflicht.

Der #DigitalCheckNRW basiert auf dem Medienkompetenzrahmen NRW (medienkompetenzrahmen.nrw), der von den Projektmitarbeiter*innen auf die Zielgruppe der Erwachsenen übertragen wurde. Ziel des Projekts ist aber nicht nur die Ermittlung persönlicher Kompetenzen, sondern auch die aktive Vernetzung der Bürger*innen mit den zahlreichen Weiterbildungseinrichtungen, die entsprechende Angebote zur Entwicklung und Erweiterung von Medienkompetenz bieten, sowie die Vernetzung der Weiterbildungsanbieter untereinander. Die Datenbank des Projekts verzeichnet inzwischen 450 Angebote von 240 Einrichtungen. Anja Pielsticker, die das Projekt leitet, betonte in ihrem Beitrag, dass der „Digitalcheck“ auch als *Messinstrument* zur Ermittlung von Medienkompetenz dienen sowie als Lerninstrument genutzt werden kann.

Fragen und Diskussion

Im Rahmen der an die drei Kurzvorträge anschließenden Diskussionsrunde wurden Fragen der Zuschauer*innen der Live-Onlineveranstaltung diskutiert, die von der Moderatorin Kristin Narr moderiert wurde.

Medienkompetenzförderung und Weiterbildung

Eine zentrale Frage im Rahmen der Diskussionsrunde betraf die nach der intrinsischen Motivation für die persönliche Entwicklung von Medienkompetenz und die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen. Anja Pielsticker erklärte, dass insbesondere persönliche Betroffenheit Personen motiviere, sich weiterzubilden und neue Kompetenzen zu entwickeln, so z.B. wenn sie selbst schon einmal auf Fake News hereingefallen sind. Thomas Knaus ergänzte, dass Projekte wie der #DigitalCheckNRW auch dazu dienen können, eine solche Betroffenheit zu erzeugen, indem sie Menschen ihre Wissenslücken aufzeigen. Betroffenheit entstehe aber auch, wenn die Partizipation an medialer Kommunikation durch mangelndes technisches Wissen, z. B. wie ein Zoomlink zu öffnen ist, scheitert. Notwendig seien hier Angebote, auch und gerade in der Schule, für eine *grundlegende* Medienkompetenzförderung für alle Menschen. Der Stand der Weiterbildungs- und Fortbildungsangebote sowie der Lehrer*innenbildung in Deutschland ist Knaus zufolge jedoch aktuell kaum zufriedenstellend: In Bezug auf die Lehrer*innenbildung verwies Knaus auf die geringe Anzahl an Hochschulen, die Angebote zur Medienkompetenzförderung im Rahmen der Lehrer*innenbildung auswies (vgl. Knaus/Meister/Tulodziecki 2018, S. 30 f.), während in der Lehrer*innen-Fortbildung angesichts der Tatsache, dass in Deutschland etwa 800.000 Lehrer*innen entsprechende Maßnahmen angeboten werden müssten, der Bedarf bei weitem das derzeitige Angebot übertreffe. Eine weitere Schwierigkeit bestehe darin, dass durch den steten Medien- und Technikwandel institutionelle Angebote schnell überholt seien.

Demokratie und Medienbildung – Kann Medienbildung Demokratie retten?

Wenig zur Sprache kam in der Diskussion bislang die Frage nach dem Zusammenhang von

Medienbildung und Demokratie, die der Untertitel der Veranstaltung „Kann Medienbildung die Demokratie retten?“ aufwirft. Anna-Katharina Meßmer wies in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der Studie „Quelle: Internet?“ hin, die einen Zusammenhang zwischen demokratischer Grundhaltung und Nachrichten- und Informationskompetenz ermittelt hatte, der wiederum in Zusammenhang mit Alter und Schulbildung der Proband*innen stand. Die ermittelten Zusammenhänge zeigten aber auch, dass aufgrund der zahlreichen in diesem Kontext wirksamen Faktoren Medienbildung *allein* die Demokratie nicht retten könne. So könnten geringere Kompetenzwerte oder weniger Vertrauen in Politik und Medien nicht ohne weiteres nur auf die geringe Schulbildung zurückgeführt werden. Vielmehr fühlten sich gerade viele Personen mit geringerer Schulbildung in ihren Interessen und Bedarfen häufig nicht adäquat von Politik und Medien vertreten – auch hier könnten Ursachen für ein mangelndes Vertrauen in diese Institutionen liegen.

Auch wenn Medienbildung allein zur ‚Rettung der Demokratie‘ nicht genüge, betonte Thomas Knaus dennoch deren Bedeutung gerade im Zusammenhang demokratischer Bildung: Demokratie als „*Macht des Volkes*“ verpflichte dazu, sich mit dem Gegenstand, über den Macht ausgeübt werden soll, auszukennen. Unwissenheit, beispielsweise in Bezug auf die Funktionsweisen von Medien, bedeute im Gegenzug die *Machtlosigkeit* der Bürger*innen und damit auch eine Gefahr für die Demokratie. Der Medienwandel habe immer wieder neue Möglichkeiten und Freiheiten für Partizipation und Kommunikation eröffnet, stelle aber dadurch auch neue Anforderungen an das Wissen und die Kompetenzen der Bürger*innen.

Anja Pielsticker berichtete in diesem Zusammenhang, dass gerade zur Nachrichten- und Informationskritik nur wenige Angebote in der Datenbank der Plattform #DigitalCheckNRW zu finden sind. Das könnte daran liegen, dass Anbietern nur wenige Expert*innen in diesem Feld zur Verfügung stünden. Daher gelte es, eine stärkere Aufmerksamkeit für das Thema zu gewinnen. Dabei plädiert Pielsticker insbesondere für kreative gestaltungsorientierte Angebote, so beispielsweise für Projekte, in denen Nachrichten oder ‚Fake News‘ von den Teilnehmenden selbst ‚hergestellt‘ werden und damit Aufmerksamkeit für die Mechanismen des Nachrichtenmachens und der Informationsverbreitung im Netz gewonnen werden könnten.

Zur Frage der Bedeutung von Medienbildung für die Demokratie wurde abschließend diskutiert, inwiefern die Entwicklung von Medienkompetenz der *Nutzenden* überhaupt ausreiche, wenn nicht zugleich auch die Betreiber der großen Internet-Plattformen hinsichtlich der Transparenz der auf ihren Seiten veröffentlichten Informationen in die Pflicht genommen würden. Anna-Katharina Meßmer betonte, dass den Plattformbetreibern durchaus Verantwortung zukomme und dass hierfür auf EU-Ebene mit dem *Digital Services Act* und in Deutschland mit dem *Netzwerkdurchsetzungsgesetz* auch bereits wichtige Ansätze bestünden. Dennoch müsse dafür gesorgt werden, dass Plattformbetreibern dadurch nicht zu viel Entscheidungskompetenzen überlassen werden, dass also diejenigen, die durch diese Gesetzgebung eigentlich kontrolliert werden sollten, nicht selbst zu Kontrolleuren würden. So dürfe es beispielsweise nicht Plattformbetreibern wie Facebook überlassen werden, zu definieren, was als Desinformation zu werten sei. Thomas Knaus und Anja Pielsticker stimmten zu, dass Plattformbetreibende hier nicht *selbst* zu zentralen Gestaltenden meinungsbildender und damit demokratischer Prozesse werden dürfen.

In ihren abschließenden Worten betonten die Diskussionsteilnehmer*innen noch einmal die zentrale Bedeutung der Förderung von Medienkompetenz und Medienbildung. Anna-Katharina Meßmer verwies jedoch darauf, dass Medienbildungsmaßnahmen nicht alle erreichen könnten. Da Menschen anfällig für Verschwörungsmythen und Falschnachrichten seien, werde es auch immer solche geben, die sich durch Medienbildungsmaßnahmen nicht ansprechen ließen. Erreicht werden könnten jedoch diejenigen, die Interesse am kompetenten Medienhandeln zeigen, sich aber im eigenen Medienumgang noch unsicher fühlten. In Bezug auf Medienbildungsmaßnahmen an der Schule sprach Meßmer sich für ein eigenes Fach *Medienkunde* aus. Daran knüpfte Thomas Knaus mit der Frage an, wie ein solches Fach auszugestalten sei. Da dieses eine sehr breite Expertise aus unterschiedlichen Disziplinen wie den Medienwissenschaften, der Informatik, aus Journalismus und Medienpädagogik erfordere, plädierte Knaus abschließend für eine intensivere Zusammenarbeit dieser Disziplinen. Das Plädoyer für eine interdisziplinäre Auseinandersetzung mit (digitalen) Medien ergänzte Anja Pielsticker abschließend mit ihrem Aufruf zu einer verstärkten Selbstreflexion der Nutzenden hinsichtlich des eigenen Umgangs und Handelns mit Medien.

Literatur

- Baacke, Dieter (1973): *Kommunikation und Kompetenz – Grundlegung einer Didaktik der Kommunikation und ihrer Medien*. München: Juventa.
- Baacke, Dieter (1996): *Medienkompetenz als Netzwerk. Reichweite und Fokussierung eines Begriffs, der Konjunktur hat*. In: *Medien praktisch* 20 (78), S. 4–10.
- Freire, Paulo (1974): *Pedagogy of the Oppressed*. New York: Seabury Press.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns* (Band 1 und 2). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Knaus, Thomas (2018): *Technikkritik und Selbstverantwortung – Plädoyer für ein erweitertes Medienkritikverständnis*. In: Niesyto, Horst/Moser, Heinz (Hrsg.): *Medienkritik im digitalen Zeitalter* (Band 11 der Schriftenreihe *Medienpädagogik interdisziplinär*). München: kopaed, S. 91–107.
- Knaus, Thomas (2020): *Von medialen und technischen Handlungspotentialen, Interfaces und anderen Schnittstellen – eine Lesson in Unlearning*. In: Knaus, Thomas/Merz, Olga (Hrsg.): *Schnittstellen und Interfaces – Digitaler Wandel in Bildungseinrichtungen* (Band 7 der *fraMediale-Reihe*). München: kopaed, S. 15–72.
- Knaus, Thomas/Meister, Dorothee M./Tulodziecki, Gerhard (2018): *Qualitätsentwicklung – Professionalisierung – Standards. Thesen aus medienpädagogischer Sicht*. In: Knaus, Thomas/Meister, Dorothee M./Narr, Kristin (Hrsg.): *Futurelab Medienpädagogik. Qualitätsentwicklung – Professionalisierung – Standards*. München: kopaed, S. 23–48.
- Meßmer, Anna-Katharina/Sängerlaub, Alexander/Schulz, Leonie (2021): *„Quelle: Internet“? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test*. Berlin: Stiftung Neue Verantwortung e. V. URL: stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf (22.10.2021).

Informationen zur Autorin



Olga Merz, M. A., MBA, ist Akademische Mitarbeiterin in der Abteilung Medienpädagogik der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Sie promoviert zu bildungstheoretischen, medien- und technikphilosophischen Perspektiven auf den digitalen Wandel in den Wissenschaften und zur Bedeutung digitaltechnischer Medien für wissenschafts- und forschungsmethodisches Denken.

olga.merz@ph-ludwigsburg.de

Zitationshinweis:

Merz, Olga (2021): Bericht zur Diskussionsrunde „Fehlende Nachrichten- und Informationskompetenz – Kann Medienbildung die Demokratie retten?“. In: Online-Magazin *Ludwigsburger Beiträge zur Medienpädagogik*, Ausgabe 21/2021. URL: medienpaed-ludwigsburg.de/